

Jürgen Danyel

Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.921>

Reprint von:

Jürgen Danyel, Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten, in: Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, herausgegeben von Peter Hübner, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 15), ISBN 978-3-412-13898-1, S. 67-85

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Jürgen Danyel (1999), Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.921>

Ursprünglich erschienen als: Jürgen Danyel, Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten, in: Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, herausgegeben von Peter Hübner, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 15), ISBN 978-3-412-13898-1, S. 67-85

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 15

Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen
der DDR-Geschichte, Band 4

Peter Hübner (Hg.)

Eliten im Sozialismus

Beiträge zur Sozialgeschichte
der DDR



1999

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

ZZF 10529 (1188 ZZF)

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Eliten im Sozialismus :

Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR / Peter Hübner (Hg.). –

Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 1999

(Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte ; Bd. 4)

(Zeithistorische Studien ; Bd. 15)

ISBN 3-412-13898-3

© 1999 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Walter Womacka: „Unser Leben“, 1964, vierteiliges Wandbild am

Haus des Lehrers in Berlin, 125 x 7 m (Ausschnitt), Foto: Jan Buschbom, Berlin 1999

Druck und Bindung: MVR-Druck, Brühl

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-13898-3

Inhalt

PETER HÜBNER

Einleitung: Antielitäre Eliten? 9

*I. Allgemeine Aspekte des „realsozialistischen“ Elitenproblems:
Traditionen, Mentalitäten, Wertorientierungen*

ARND BAUERKÄMPER

Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft,
Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der
SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren 37

JÜRGEN DANYEL

Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis
der ostdeutschen Eliten 67

VICTORIA KAINA/MARTINA SAUER

Ostdeutsche Eliten und gesamtdeutsche Führungsschicht im
gesellschaftlichen Integrationsprozeß. Ergebnisse der
„Potsdamer Elitestudie 1995“ 87

II. Partei- und Staatsapparat

HELGA A. WELSH

Kaderpolitik auf dem Prüfstand:

Die Bezirke und ihre Sekretäre 1952–1989 107

RUTH-KRISTIN RÖSSLER

Aspekte der Personalentwicklung und der Personalpolitik in der Justiz
der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR 131

SABINE ROSS

Verhinderter Aufstieg? Frauen in lokalen Führungspositionen des DDR-
Staatsapparats der achtziger Jahre 147

RÜDIGER WENZKE

„Bei uns können Sie General werden ...“ Zur Herausbildung und
Entwicklung eines „sozialistischen Offizierkorps“ im DDR-Militär 167

JENS GIESEKE

„Genossen erster Kategorie“: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des
Ministeriums für Staatssicherheit als Elite 201

SEBASTIAN SIMSCH

„ was zeigt, daß sie ideologisch zurückgeblieben sind“.
Personelle Grenzen der frühen DDR-Diktatur am Beispiel der
FDGB-Funktionäre in und um Dresden, 1945-1951 241

III. Wirtschaft

CHRISTOPH BOYER

Bürohelden? Arbeitshabitus und Verwaltungsstil der zentralen
Planbürokratie in der formativen Phase der SBZ/DDR 255

FRIEDERIKE SATTLER

Zwischen politischem Kurs und pragmatischem Zwang: Zum
Konfliktverhalten von SED-Wirtschaftsfunktionären im
Land Brandenburg im Krisenjahr 1947 273

GEORG WAGNER-KYORA

Loyalität auf Zeit - zur Identität der Management-Elite der
DDR-Chemieindustrie in den fünfziger Jahren 299

CHRISTEL NEHRIG

Das Leitungspersonal der Volkseigenen Güter 1945-1970 309

PETER HÜBNER

Menschen-Macht-Maschinen. Technokratie in der DDR..... 325

IV. Wissenschaft und Forschung

RALPH JESSEN

Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und
Identitätskonstruktionen der Hochschullehrer in West- und
Ostdeutschland nach 1945 361

SONJA HÄDER

Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität
Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung
1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität..... 381

DOLORES L. AUGUSTINE

Berufliches Selbstbild, Arbeitshabitus und Mentalitätsstrukturen von
Software-Experten der DDR..... 405

Anhang

Literaturverzeichnis 435

Autorenverzeichnis 473

JÜRGEN DANYEL

Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten

Während die soziale Struktur und die Funktion der ostdeutschen Führungsgruppen bis hinein in ihre sektoralen Gliederungen inzwischen mit einer Reihe von Fallstudien¹ zumindest im Ansatz beschrieben und analysiert wurden, liegen für den Bereich der Motivation, der Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie der mentalen Disposition der Eliten im „Arbeiter- und Bauernstaat“ kaum gesicherte Befunde vor.² Dies gilt, obwohl dieses Problem und Themenfeld inzwischen als ein Desiderat der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung erkannt, diskutiert und methodisch problematisiert wurde.

1. Selbstdarstellung in einer kontrollierten Öffentlichkeit

Die Probleme solcher Untersuchungen resultieren in erster Linie aus dem Fehlen gesicherter Quellen: Die Selbstauskünfte ostdeutscher Führungskräfte aus der Zeit vor 1989, sofern sich solche überhaupt auffinden lassen, tragen in den meisten Fällen die deutlichen Spuren ideologischer Überformung. In der Regel wurde solcherart Selbstreflexion organisiert und inszeniert. Die Porträts von Leitungskadern in der Presse, welche vor allem im Zusammenhang mit den Ulbrichtschen Wirtschaftsreformen an die Seite der bislang vorherrschenden lichten Arbeiter- und Bauerngestalten traten, die mit einem Hauch von künstlicher Individualität versehenen Reden von Parteitags- und Kongreßdelegierten, die Rituale, mit denen Führungskräfte in neue Verantwortungsbereiche eingeführt wurden oder die Fernseh- und Film-

1 Vgl. M. Rainer Lepsius, Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker, in: Theo Pirker u. a., *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*, Opladen 1995, S. 347–362; Heike Förster, *Entwicklung von Handlungsstrategien bei Führungskräften in der DDR-Wirtschaft. Eine empirische Untersuchung von Lebens- und Karriereverläufen ehemaliger Betriebs- und Kombinatdirektoren*, Frankfurt a. M. 1995; Christoph Boyer, „Die Kader entscheiden alles...“, *Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und frühen DDR (1949–1952)*, Dresden 1996. Siehe auch die Aufsätze von Helga A. Welsh, Ruth-Kristin Rößler, Jens Gieseke u. a. in diesem Band, die einzelne Gruppen der Funktionseleiten beschreiben.

2 Siehe dazu Peter Hübner, *Industrielle Manager in der SBZ/DDR. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24, 1998, S. 55–80.

berichterstattung über die „sozialistischen Leiter“ in der Honecker-Zeit, sind Produkte kontrollierter Öffentlichkeiten. Oft handelt es sich um bloße Illustrationen einer bestimmten politischen Linie oder der im offiziellen parteipolitischen Kanon festgelegten Vorstellungen, wie eine sozialistische Führungskraft zu arbeiten, zu leben habe und von welchen Wertvorstellungen sie sich dabei leiten lassen sollte. Ohnehin sorgte ein Weltbild, in dem das Individuum als Personifikation gesellschaftlicher Verhältnisse fungierte, dafür, daß individuelle Befindlichkeiten, Ansprüche und Wertvorstellungen als zweitrangig gegenüber den Funktionszusammenhängen galten, in die eine entpersonifizierte „Partei“ oder „Gesellschaft“ den Einzelnen jeweils gestellt hatte.

Das Privileg, sich über die eigenen Wurzeln, über das eigene Selbstverständnis und die eigenen Visionen einer breiteren Öffentlichkeit etwa in Gestalt von Memoiren, Interviewprotokollen oder Filmporträts mitzuteilen, blieb nur wenigen vorbehalten. In erster Linie machten davon die politischen Spitzenfunktionäre Gebrauch, die sich in Auftragsbiographien porträtieren ließen oder Memoiren bzw. Erinnerungsbücher schreiben durften, die dann von den SED-Geschichtsinstituten auf ihre Konformität hin kontrolliert wurden. In der Mehrheit handelt es sich bei dieser Form der Selbstreflexion von politischen Funktionsträgern der DDR eher um biographisch angereicherte Variationen der gängigen Abhandlungen über die Geschichte der Arbeiterbewegung und die KPD. Das Einzelschicksal hatte hier den Geschichtsprozeß und seinen immer wieder beschworenen gesetzmäßigen Verlauf zu bestätigen. Lediglich einige mehr oder weniger wohlgelittene „Exoten“ aus dem Bereich der intellektuellen Elite, wie das Erfindergenie vom Dresdener Weißen Hirsch, Manfred von Ardenne, oder der mit ein wenig Narrenfreiheit versehene marxistische Weise aus Berlin-Weißensee, Jürgen Kuczynski, durften sich dem ostdeutschen Publikum gelegentlich mit Selbstreflexionen mitteilen. Eine dem Westen vergleichbare Reflexionsliteratur, mit der sich Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft regelmäßig zu Problemen der Gesellschaft äußern, Visionen artikulieren oder ihren Führungsanspruch legitimieren, fehlte demgegenüber in der DDR völlig.

Eine gewisse Ausnahmestellung nahmen hier in zweifacher Hinsicht die ostdeutschen Künstler und Literaten ein. Sie verfügten als einzige gesellschaftliche Gruppe über die, wenn auch argwöhnisch beobachteten, Medien und Sprachmöglichkeiten, um die Probleme ihrer sozialen Existenz und künstlerischen Produktion und damit auch ihrer beanspruchten bzw. verweigerten intellektuellen Führungsrolle zum Gegenstand öffentlicher Verhandlung zu machen. Gelegentlich stießen Theaterstücke, Dokumentarfilme und literarische Texte auch in jenen Bereich vor, den der Historiker mangels Alternativen als Quellen für die Untersuchung des Selbstverständnisses und der Wertvorstellungen der ostdeutschen Führungsgruppen akzeptieren würde. Indes war auch die künstlerische Gestaltung der Lebens- und Arbeitssituation, der sozialen Akzeptanz und der widersprüchlichen Stellung der ostdeutschen Eliten in der Gesellschaft ein heikles und risikobeladenes Thema. Nach dem Fiasko des Bitterfelder Weges gehörte das gesamte Feld des konfliktreichen Arbeits- und Lebensalltags der Ostdeutschen nicht gerade zu den beliebten Themen künstlerischer Gestaltung. Als ein Terrain, wo man sich mit der realistischen künstlerischen Gestaltung von Widersprüchen, uneingelösten Hoffnungen und Mißständen allzu leicht Blessuren holen konnte, wurde es dann doch lieber gemieden. Auf der anderen Seite liefern die vielen gefälligen Auftragsarbeiten, die sich dem Themenfeld der Produktionssphäre und damit auch der Situation der Führungsgruppen in diesem Bereich politisch korrekt näherten, kaum Aufschlüsse für elitenhistorische Untersuchungen. Während sich im Westen „die aus qualitati-

ven Interviews hervorgegangene „Erhebungsliteratur“³ als eine „eigenwertige Gattung im Übergang zwischen Wissenschaft, Literatur und Journalismus“³ fest etablieren konnte, hatten es die ostdeutschen Vertreter dieses Genres weit schwerer. Die in den achtziger Jahren in der DDR boomende Protokoll- und Interviewliteratur versuchte zwar, sich die problematische Lebenswirklichkeit der DDR als Stoff zurückzuholen, ihre eigentliche Blüte konnte sie in einer zunehmend in Agonie fallende Gesellschaft nicht mehr erreichen. Der Umstand, daß und wie Landolf Scherzers „Der Erste“⁴ – das Porträt eines Kreissekretärs der SED – nach 1989 als eine der wenigen realistischen Schilderungen der Situation in den Niederungen des SED-Machtapparates gefeiert wurde, mag als ein Indiz für die Lücken in der Überlieferung gelten.

2. Strategien der Selbstrechtfertigung nach 1989

Diese Situation hat sich auch nach 1989 nur unwesentlich gebessert. Im Kontext der Auseinandersetzung um die DDR-Vergangenheit gerieten die Verantwortungsträger des verbliebenen ostdeutschen Staates verstärkt in den Blickpunkt öffentlichen Interesses. Im Vordergrund dieser Debatte stand jedoch zu Recht die konkrete juristische und moralische Schuld einzelner Vertreter oder Gruppen des SED-Herrschaftsapparates, die an Straftaten, der Überwachung und Unterdrückung von Oppositionellen oder schlicht für das Funktionieren der Diktatur verantwortlich zeichneten, und nicht deren Selbstverständnis als Führungsschicht. Die von den Institutionen der Aufarbeitung, wie der Enquete-Kommission, erschlossenen bzw. in deren Anhörungen produzierten Quellen zielten in erster Linie auf funktionale Zusammenhänge des politischen Systems oder der Wirtschaft bzw. konzentrierten sich auf Schlüsselereignisse der DDR-Geschichte. Die zeithistorische DDR-Forschung nach 1989 folgte weitestgehend diesem Pfad.

Diese vergangenheitspolitische Konstellation verstärkte den Druck auf einige Teile der ostdeutschen Elite, sich in den Diskursforen der Aufarbeitung auch zu ihren Handlungsmotiven und Wertvorstellungen zu äußern. Durch die Überlagerung von juristischer und moralischer Diskussion waren diese Selbstauskünfte jedoch in der Regel durch Rechtfertigungs- und Überlebensinteressen geprägt, so daß sie für eine personell ausgerichtete elitenhistorische Forschung nur bedingt zu gebrauchen sind.

Eine wichtige Aufgabe der ersten Aufarbeitungswelle nach dem Zusammenbruch der DDR bestand zudem darin, das Deutungsmonopol der SED und ihrer Funktionsträger über die ostdeutsche Geschichte und die soziale und politische Wirklichkeit der DDR-Gesellschaft zu brechen und durch die Gegen-Überlieferung bislang unterdrückter und marginalisierter Gruppen zu ersetzen bzw. zu relativieren.⁵ Damit war jede Form der Selbstdarstellung und Selbstrechtfertigung ehemaliger Funktionsträger, selbst wenn diese ihrer Vergan-

3 Vgl. Hans Joachim Schröder, Interviewliteratur: Biographische Erfahrung und Sozialwirklichkeit in der DDR, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 5, 1992, S. 245.

4 Vgl. Landolf Scherzer, Der Erste, Köln 1989.

5 Zum Verlauf der Debatte um die DDR-Vergangenheit siehe Bernd Faulenbach, Acht Jahre deutsche Vergangenheitsdebatte – Aspekte einer kritischen Bilanz, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 15–34.

genheit öffentlich abgeschworen, zunächst als eine Form der Selbstszenierung von Herrschaft entwertet. Sie stand unter dem Verdacht der Apologie bzw. der durchsichtigen Überlebenstaktik. Die durch die Methodendiskussion in der Biographieforschung und der oral history sensibilisierte Zeitgeschichte tat insofern gut daran, dieses aktualitätsbeladene Feld, zumindest was die Untersuchung der DDR-Eliten betrifft, zunächst nicht zu betreten. Daß es in der Hochphase der Vergangenheitsdebatte kaum Sinn machen würde, erfahrungsgeschichtlich orientierte Projekte zu den DDR-Eliten, zumal für die Spätphase der DDR, anzugehen, war eine weitgehend akzeptierte Position. Dies bedeutet jedoch nicht, daß es etwa keine Befragungen von Vertretern der inzwischen in weiten Teilen deklassierten Führungsgruppen der DDR gegeben hat. Das sich verstärkende historiographische Interesse an ostdeutschen Biographien machte auch vor einzelnen Gruppen der ostdeutschen Eliten nicht halt, insofern sie nicht gerade im Rampenlicht der politischen Auseinandersetzungen um die Staatssicherheit, die Toten an der Grenze, die politischen Säuberungen oder die Devisengeschäfte der DDR standen. Die Historiker, die sich aufgrund der äußerst günstigen Archivsituation, auf die Akten des untergegangenen Staates konzentrierten, befragten ehemalige SED-Funktionäre, führende Militärs oder ehemalige Entscheidungsträger aus dem Bereich der Wirtschaft aber in der Regel erst dann, wenn sie in den Akten offengebliebene Fragen klären oder widersprüchliche Aussagen prüfen wollten. Empirische sozialwissenschaftliche Untersuchungen wagten sich demgegenüber häufiger auf dieses Terrain.⁶

Auf der anderen Seite sorgte eine sich ausdifferenzierende Landschaft der politischen Vereine, grauen Publikationen und Kleinverlage dafür, daß sich die Vertreter der alten ostdeutschen Führungsgruppen wieder öffentlich zu Wort melden konnten. Die Vielzahl der inzwischen vorliegenden Lebensbilanzen, Rechtfertigungsschriften, Kommentare zum Vereinigungsgeschehen bieten in erster Linie Aufschluß über die Art und Weise, wie diese Gruppen den Umbruch von 1989 und seine einschneidenden Folgen für ihre berufliche und private Existenz verarbeitet haben. Dort, wo die Autoren ihre konkrete Situation und ihr Selbstverständnis als Führungskader beschreiben, muß man damit rechnen, daß dem Verhalten in den konkreten Konstellationen der DDR inzwischen nachträglich ein anderer Sinn und eine andere Motivlage unterlegt wird, als dies seinerzeit der Fall gewesen ist. Hinzu kommt eine gewisse Einengung des Spektrums der Lebensbilanzen ostdeutscher Führungsgruppen: Zu Wort melden sich in der Regel ehemalige Funktionäre und Verantwortungsträger, die sich moralisch oder juristisch an den Rand der Vereinigungsgesellschaft gedrängt sehen. Entsprechend werden in den Texten auch vornehmlich Verlusterfahrungen artikuliert bzw. die vorherrschenden Bewertungsmaßstäbe der DDR-Geschichte in Frage gestellt. Demgegenüber äußern sich jene Teile der ostdeutschen Führungsgruppen, die sich nach einigen Anfangsschwierigkeiten in die neue Gesellschaft integrieren konnten und inzwischen auch wieder Führungsaufgaben wahrnehmen, wenig oder kaum über ihre Situation und ihr Selbstverständnis in der DDR. Als Quelle elitenhistorischer Studien bleibt dieses Genre also nur bedingt tauglich und kann methodengeleitete erfahrungsgeschichtliche und kollektivbiographische Untersuchungen nicht ersetzen.

6 Siehe dazu u. a. Heike Förster, *Entwicklung von Handlungsstrategien bei Führungskräften in der DDR-Wirtschaft. Eine empirische Untersuchung von Lebens- und Karriereverläufen ehemaliger Betriebs- und Kombinatdirektoren*, Frankfurt a. M. 1995.

3. Antifaschismus als nachträgliche Sinnstiftung

Die geschilderte Ambivalenz der nach 1989 von ehemaligen ostdeutschen Führungskräften abgegebenen Selbsteinschätzungen zeigt sich besonders deutlich, wenn man danach fragt, welche Rolle der Antifaschismus in deren Selbstverständnis als gesellschaftlicher Führungsschicht gespielt hat. Kennt man die Sozialisationsbedingungen und Karrierewege „sozialistischer Kader“ und weiß, daß der Antifaschismus in der politischen Werteskala der DDR weit oben rangierte, wird es zunächst niemanden überraschen, wenn von den Vertretern dieser Gruppe rückblickend antifaschistische Überzeugungen als eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Handlungsmotivation angegeben werden. Zugleich hat der öffentliche Prozeß der „Entzauberung“ der DDR dazu geführt, daß durch die Öffnung der ostdeutschen Archive und die journalistischen und historiographischen Enthüllungen ein großer Teil jener Legitimationsmuster, mit denen die Eliten der DDR „ihren“ Staat und die eigene Rolle in ihm rechtfertigen konnten, nicht mehr zur Verfügung standen oder entwertet waren. Die Versuche einer nachträglichen Sinngebung verlagerten sich damit notwendig auf jene Wertvorstellungen und Elemente der DDR-Wirklichkeit, von denen man hoffen konnte, daß sie das Ende der DDR und ihre „Verbösung“ nach 1989 überdauern könnten. Zu diesem letzten Aufgebot des „es war ja nicht alles schlecht“ gehörte von Anfang an die antifaschistische Tradition in ihrer spezifischen ostdeutschen Diktion: „Nicht zufällig konzentriert(e) sich die Diskussion um die historische und historiographische Endphase der DDR auf den von ihr beanspruchten Antifaschismus resp. seine faschismustheoretische Begründung. In der affirmativen Retrospektive wird dieser Antifaschismus zum strukturellen Kern der ‚Spurensuche‘ nach bleibenden ‚Errungenschaften‘ auch nach der Niederlage des real existierenden Sozialismus, zum systemimmanenten, deformationsresistenten Symbol eines uneingelösten, gleichwohl aber unbeschädigten Ideales eines demokratischen und humanistischen Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus, dem ein letztlich unkalkulierbares Faschisierungspotential immanent sei.“⁷ Gleichzeitig schien dieses Argumentationsraster den in die Defensive geratenen DDR-Eliten eine kompensatorische Kritik an der neuen gesellschaftlichen Situation im vereinten Deutschland zu ermöglichen. Das Aufkommen rechtsextremer Anschauungen und Gruppierungen in den neuen Bundesländern lieferte scheinbar die Argumente dafür, daß zumindest Teile des Wertarsenals der DDR und damit auch ihrer Eliten die allgemeine Demontage überleben sollten. Der Versuch der politischen Führungsschicht der DDR, ihr Selbstverständnis und ihre Motivlage in den Kontext der deutsch-deutschen Vergangenheitsdebatte einzubringen, führte zu einer weiteren Akzentverschiebung der Erinnerung. In den Mittelpunkt dieser Lebensbilanzen, die von ihrem Stil und Gestus gleichsam den Verteidigungsreden der Politbüro-Prozesse ähnelten, rückte die unmittelbare Nachkriegszeit und die Frühphase der DDR – so als ob sich ungeachtet der späteren Verirrungen die lauterer Motive des sozialistischen Beginns herausdestillieren ließen.

Die Selbstrechtfertigungen über den Antifaschismus durchziehen in den unterschiedlichsten Formen die Erinnerungsliteratur der politischen Größen der untergegangenen DDR: Der gegenwärtigen Ordnung wird die Fähigkeit abgesprochen, den historischen Platz der DDR – eines Staates, in dem es „keine Konzernherren, Bankiers und Rittergutsbesitzer“ gegeben habe und an dessen Spitze Antifaschisten standen, „die aus der Illegalität, den Kon-

7 Vgl. Wolfgang Bialas, Antifaschismus in der DDR. Historisch-kritische Aufräumarbeiten, in: Das Argument, 1993, Nr. 200, S. 568.

zentrationen und der Emigration gekommen waren“⁸ – angemessen zu beurteilen. Folgerichtig, empfinden ehemalige Spitzenfunktionäre als eine der gravierendsten politischen Demütigungen, daß ihnen der Status eines antifaschistischen Widerstandskämpfers aberkannt wurde.⁹ Die Nachwende-Situation wird dabei in den alten kommunistischen Kampf- und Verschwörungskategorien gedeutet: „Die Kernfrage ist, daß man nun die Republikaner mobil gemacht hat. Es kamen dann rassistische und antisemitische Übergriffe. Das war von Nachteil für die BRD. Jetzt nimmt die Kommission die kommunistischen Widerstandskämpfer aufs Korn. Es geht um eine ultrareaktionäre Entwicklung in Deutschland.“¹⁰ Auf den Antifaschismus wird in diesen Selbstdarstellungstexten immer dann zurückgegriffen, wenn die inzwischen delegitimierten und kritisierten Institutionen der DDR und ihre Funktionsträger rehabilitiert werden sollen. Zum einen werden Fehlentwicklungen von den Autoren als Reaktionen auf die Entwicklung in der Bundesrepublik gedeutet, als deren wichtigstes Kennzeichen die Kontinuität zum NS-Regime fungiert. Wo solche Kontinuitätsmomente auch für ostdeutsche Institutionen wie etwa die Armee, deren Uniformen und militärische Rituale nicht zu leugnen sind, wird die antifaschistisch motivierte Personalpolitik der Anfangsjahre beschworen: „Natürlich haben zahlreiche Touristen, die Berlin besuchten, mit Staunen die Fotoapparate gezückt und mit Wohlgefallen oder Unwillen an ‚Preußens Gloria‘ gedacht, wenn sie die Ablösung der Ehrenposten ausgerechnet an Schinkels ‚Neuer Wache‘ sahen. Aber diese Ablösung erfolgte ja an jenem Mahnmahl Unter den Linden, das den Millionen Opfern zweier Weltkriege gewidmet war, jenen unzähligen Deutschen, die als Soldaten oder Zuchthäusler, als Bombenopfer oder KZ-Häftlinge ihr Leben infolge der Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus lassen mußten. [...] Als die NVA gegründet wurde, gingen wir ganz bewußt davon aus, daß in der DDR die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz verwirklicht, die Lehren aus zwei Weltkriegen gezogen und die gesellschaftlichen Wurzeln beseitigt worden waren, die zu diesen Aggressionskriegen geführt hatten. Wir stellten ebenso in Rechnung, daß diese Armee im Geiste der Kämpfer gegen den preußisch-deutschen Militarismus erzogen und von aktiven Antifaschisten geführt wurde.“¹¹

Der Hinweis auf die antifaschistischen Wurzeln in den Biographien der SED-Spitzenfunktionäre bildet zudem den Kern einer Argumentation, die den Vertretern der moralisch isolierten und in die Bedeutungslosigkeit gedrängten DDR-Machtelite zumindest das sprichwörtliche Handeln in guter Absicht zubilligt. Letzteres sei dann erst durch eine ganze Reihe unvorhersehbarer und widriger Umstände in sein Gegenteil verkehrt worden. Diese Form der „Würdigung“ suggeriert, aus der Erfahrung von Verfolgung und Haft während des NS-Regimes hätten sich zwangsläufig positiv zu bewertende politische Ideen und Handlungsorientierungen ergeben. Aus dem Erleben der „Hölle der faschistischen Konzentrationslager“ habe der feste Wille resultiert, „mit der DDR einen Beitrag zu einem anderen antifaschistischen, sozial gerechten und friedlichen Deutschland zu leisten, in dem die Wur-

8 Vgl. Kurt Hager, *Erinnerungen*, Leipzig 1996, S. 449.

9 Vgl. Poltergeist im Politbüro. Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann, Frankfurt (Oder) 1996, S. 313.

10 Ebd., S. 314.

11 Vgl. Heinz Kessler, *Zur Sache und Person*, Frankfurt (Oder) 1996, S. 233.

zeln für Kriegsgefahr und Ausbeutung beseitigt sein sollten“.¹² Eine solche eher wohlwollende Bewertung der alten Garde der SED-Spitzenfunktionäre ist nicht erst im Zuge der Auseinandersetzung um die DDR-Vergangenheit nach 1989 entstanden. Dies belegen u. a. die Stellungnahmen westlicher Politiker über ihre ungeliebten ostdeutschen Verhandlungspartner auf dem deutschlandpolitischen Parkett. Zwar werden deren politischen Positionen prinzipiell abgelehnt, zugleich schimmert in diesen Urteilen ein gewisser Respekt für die Widerstandsbiographien der ostdeutschen Spitzenmänner durch. So stellte etwa Egon Bahr rückblickend fest, daß er seinen ostdeutschen Verhandlungspartner in Abrüstungsfragen Hermann Axen, „dessen antifaschistische Vergangenheit einwandfrei“ sei, auf bestimmte Art schätzen gelernt habe und nicht vergessen werde, „daß er eine eingebrannte Nummer auf seinem linken Unterarm“¹³ trug.

4. Generationsspezifische Konstruktion des Antifaschismus

Die nachgeordneten politischen Funktionsebenen der DDR versuchten nach 1989 ebenfalls ihrem Handeln und ihren Bindungen an die DDR retrospektiv einen neuen Sinn jenseits der in der Vergangenheitsdebatte disqualifizierten Motive zu geben. Dazu rückten sie die antifaschistischen Anfänge der DDR wieder stärker in den Mittelpunkt ihrer Selbstwahrnehmung. Diese wurden als eine Möglichkeit, sich an die DDR zu erinnern, benutzt, bei der man meinte, ohne Scham und quälende Selbstbefragung auszukommen. Die überalterte SED-Machtelite rückt in ihren Lebensbilanzen die eigene antifaschistische Sozialisation in der späten Weimarer Republik, die Beteiligung am Widerstand gegen den NS und die Erfahrungen im Exil in den Vordergrund. Auf diese Weise soll die durch die öffentliche Debatte bewirkte Entwertung der späteren politischen Karriere in den Ämtern kompensiert werden. Demgegenüber werden die Selbstbilder und Selbstbeschreibungen der nachfolgenden Generationen der ehemaligen Funktionäre der SED und der DDR-Massenorganisationen anders konstruiert. Die Antifaschismus-Erfahrung jener politischen Generation der DDR, die das Ende des NS-Regimes und die Nachkriegszeit in ihrer Kindheit und frühen Jugend erlebt haben, ist eine Sekundärerfahrung, d. h. sie wurde in politischen Institutionen erlernt oder von der KPD- und Widerstandsgeneration übernommen. Folgerichtig stehen in der Selbstbeschreibung derjenigen, die zur ersten „eigenen“ Elite der DDR gehörten, weniger direkte Faschismuserfahrungen als Prägungen durch bestimmte Personen und politische Organisationsformen in der SBZ und der frühen DDR im Vordergrund. Die inzwischen zahlreicher erscheinenden Sammlungen von Erinnerungstexten, die die Entwicklung einzelner Organisationen oder Institutionen der DDR aus einer Insiderperspektive reflektieren, zeigen diesen Mechanismus der Konstruktion einer antifaschistischen Prägung sehr deutlich. So betonen die autobiographischen Texte eines 1996 erschienenen Erinnerungsbandes zur DDR-Jugendorganisation FDJ insbesondere die „eindeutige antifaschistische Orientierung“¹⁴ des Ju-

12 Vgl. Ein Leben in der Tragik und Hoffnung deutscher Geschichte. Rede von André Brie auf der Trauerfeier für Hermann Axen am 1. April 1992, in: Hermann Axen, Ich war ein Diener der Partei, Frankfurt (Oder) 1996, S. 414.

13 Vgl. Er war ein deutscher Patriot. Interview mit Egon Bahr am 6. März 1991 im Berliner Rundfunk, in: Axen, Diener der Partei, S. 412.

14 Vgl. Hans Modrow (Hg.), Unser Zeichen war die Sonne. Gelebtes und Erlebtes, Berlin 1996, S. 7.

gendverbandes zum Zeitpunkt seiner Gründung. Korrespondierend dazu werden in den persönlich gehaltenen Texten die Einflüsse aus dieser Zeit zu Schlüsselerlebnissen für die spätere Lebensgeschichte, die häufig in eine Funktionärslaufbahn mündete: „Ich sehe Bilder von Menschen, junge, ältere und alt gewordene. Viele der ersten Generation, aus Krieg, Gefangenschaft und vor allem aus Zuchthäusern, KZ oder Exil kommend, leben nicht mehr. Sie hinterließen Spuren ihres Wirkens. Von ihnen habe ich genommen und ihnen auch gegeben, so, wie ich es verstand und vermochte. Trotz aller äußeren und inneren Beschwerden, Mühen und Turbulenzen hat diese Zeit Spaß gemacht, Befriedigung geschaffen, war bewegt, weil etwas bewegt und verändert werden konnte, vor allem in den Gründerjahren. Man lernte Verantwortung für andere zu übernehmen und Verantwortung zu tragen.“¹⁵

Diese retrospektive Betonung antifaschistischer Wertvorstellungen und Erfahrungen gilt nicht in dem gleichen Maße für die Selbstbilder der ostdeutschen Eliten zu Lebzeiten der DDR. Die zunächst naheliegende Annahme, daß der antifaschistische Wertekanon das Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten in verschiedenen Phasen der DDR-Entwicklung gleichermaßen stark bestimmt habe, erweist sich schnell als kurzschlüssig. Dabei ist es sinnvoll, zwischen zwei Ebenen zu unterscheiden: Auf der Ebene grundsätzlicher politischer Überzeugungen, die sich bei der Mehrheit der Funktionsträger in der DDR in einer prinzipiellen Zustimmung zur DDR als politischem System bzw. als sozialer Ordnung oder in der Akzeptanz des Marxismus als allgemeiner Handlungsorientierung äußerten, wird man auch durchgängig auf einen positiv konnotierten Antifaschismus stoßen. Hier spiegeln die Leitbilder und politisch formierten Selbsteinschätzungen der ostdeutschen Eliten nahezu ungebrochen das offizielle Selbstverständnis des Staates DDR. Unterhalb dieser „Grundwerte“ wurde deren Handeln jedoch von einem ganzen System von differenzierteren Normen, Wertvorstellungen und Handlungsmaximen bestimmt, die in viel stärkerem Maße durch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konstellationen jeweils konkreter Entwicklungsperioden der DDR-Gesellschaft, durch wechselnde politische Direktiven und Kampagnen oder durch Erfahrungen der Betroffenen in ihrem spezifischen Tätigkeitsfeld determiniert wurden. Nimmt man diesen Bereich in den Blick, zeigen sich durchaus beträchtliche Unterschiede hinsichtlich des Gewichts antifaschistischer Wertvorstellungen und Handlungsmotive. Damit ließe sich die bislang in elitenhistorischen Untersuchungen nicht behandelte Frage verbinden, ob der Antifaschismus als bestimmte Gruppenerfahrung bzw. später als ideologisches Konstrukt die Institutionen des DDR-Herrschaftssystems und der zentral gesteuerten Gesellschaft mehr als nur auf der Ebene einer allgemeinen politisch-weltanschaulichen Orientierung geprägt hat. Welche Konsequenzen hatte die vielbeschworene antifaschistische Personalpolitik jenseits der biographischen Herkunft und Prägung der Akteure für den Führungsstil der ostdeutschen Eliten oder für die innere Verfassung jener Institutionen, die in der Tagespropaganda von sich behaupteten, in seinem Geiste zu handeln? Wie weit reichte die Abgrenzung vom Nationalsozialismus und die Auseinandersetzung mit dessen Ideologie über die allgemeine politische Standortbestimmung und die Feindbilder der neuen Eliten in der SBZ/DDR hinaus. Inwiefern beeinflusste sie das konkrete Handeln der Führungskräfte, deren Art, Entscheidungen zu treffen, zu rechtfertigen und umzusetzen? Gab es einen spezifischen antifaschistischen Stil, der den Umgang der ostdeutschen Eliten untereinander und mit den Menschen in ihren Verantwortungsbereichen bestimmte? Die Abgrenzung von den NS-Verbrechen und der Vorwurf an die traditionellen Eliten, in diese

15 Ebd.

verstrickt gewesen zu sein, gehörten zu den allgemein akzeptierten politischen Positionen. Jedoch von welchen konkreten Elementen des Führungsstils, der „Menschenführung“, der Überordnungs- und Unterordnungsrituale, von welchen Formen der Fremd- und Selbstinszenierung über Symbole und Sprachregelungen der NS-Eliten und deren Institutionen grenzten sich die ostdeutschen Eliten besonders ab?

5. Legitimationsmuster des Elitenwechsels nach 1945

Blickt man auf die Leitbilder für sozialistische Führungskräfte, die in verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte durch die Politik der SED und die politischen Apparate in den gesellschaftlichen Subsystemen propagiert wurden, stellt man deutliche Unterschiede hinsichtlich des Gewichts antifaschistischer Werte fest. In der unmittelbaren Nachkriegszeit und in der Frühphase der DDR wurde in den politischen Direktiven der SED der Antifaschismus als positives Sozialisationsmerkmal und Handlungsorientierung der Führungskader in Politik und Gesellschaft naturgemäß noch stark betont. Im Zusammenhang mit ihrer Strategie zur Kontrolle politischer und gesellschaftlicher Schlüsselstellungen betonte die SED-Propaganda neben ihrer sozialen Utopie der Schaffung eines „neuen Menschen“ die Notwendigkeit, einen völlig neuen Typ des Funktionärs hervorzubringen. Zugleich versuchte die SED in den Auseinandersetzungen um die Verteilung der politischen Macht in der SBZ, ihren Mitgliedern und Anhängern zu suggerieren, daß sie die alleinige politische Kraft sei, aus deren Reihen die Träger einer neuen Elite hervorgehen könnten. Anfänglich bildeten die Widerstandsbiographien der kommunistischen „Aktivisten der ersten Stunde“ das entscheidende politische und moralische Argument für diesen Anspruch: „Den Mitgliedern, insbesondere aber den Funktionären der SED, sind jetzt Aufgaben gestellt, die nur von einem neuen Typus des Funktionärs gelöst werden können. Nur überzeugte Antifaschisten, die aus der Vergangenheit und den früher gemachten Fehlern gelernt haben; nur Menschen deren Liebe zum werktätigen Volk auch darin besteht, diesem Macht und Wohlstand im Lande zu verschaffen, die allen Schwierigkeiten trotzend, mit der Zähigkeit der Überzeugung, mit siegreicher Zuversicht und taktischem Geschick an die Lösung der neuen Probleme des demokratischen Neuaufbaus Deutschlands herangehen, können solche Aufgaben meistern. Die SED hat bewiesen, daß sie diese neuen Menschen besitzt und daß sie fähig ist, sie ständig aus ihren Reihen zu entwickeln und sie überall dorthin zu stellen, wo die neuen Aufgaben der Gegenwart tüchtige und zuverlässige Menschen erfordern.“¹⁶ Schon relativ bald stand die SED-Führung vor dem Problem, daß sie das zunächst stark betonte Merkmal einer antifaschistischen Biographie für die von ihr positionierten Kader aus mehreren Gründen modifizieren mußte. In der Phase der Entnazifizierung und des politisch induzierten Elitenwechsels in der SBZ ermöglichte dieses Auswahlkriterium einen schnellen und jederzeit legitimierbaren Zugriff auf wichtige Führungsfunktionen in der SBZ. Nahezu allen ehemaligen Verantwortungsträgern, selbst in den untergeordneten Bereichen der Verwaltung, Wirtschaft und des sozialen und kulturellen Lebens, konnte unabhängig von den Entnazifizierungsregelungen der Alliierten zumindest eine moralische Belastung nachgewiesen oder konstruiert werden. Demgegenüber befanden sich die Kommunisten in einer Position mora-

16 Vgl. Franz Dahlem, *Der neue Typus des Funktionärs der SED*, in: *Einheit 1*, 1946, S. 193.

lischer Überlegenheit gegenüber dem Rest der deutschen Bevölkerung¹⁷. Das öffentlich artikulierte antifaschistische Selbstverständnis der KPD-Kader¹⁸ diene insofern dazu, den von der SED aus machtpolitischen Gründen betriebenen Zugriff auf die Schaltstellen von Politik und Gesellschaft sowohl gegenüber den Restbeständen der alten Eliten als auch gegenüber der politischen Konkurrenz zu legitimieren. In der unmittelbaren Nachkriegszeit diene der Antifaschismus also nicht nur der weltanschaulich-politischen Positionierung der KPD/SED, sondern war ein funktionaler Bestandteil der Personalpolitik und damit der gesellschaftspolitischen Neuordnung in der SBZ und frühen DDR. Die KPD/SED mit ihrer Widerstandstradition verfügte trotz ihrer beträchtlichen personellen Verluste über das größte Reservoir an potentiellen Führungskräften mit einer antifaschistischen Vergangenheit. Die frühzeitig beginnende Zurückdrängung sozialdemokratischer, bürgerlicher und konservativer NS-Gegner begünstigte diese personelle Überlegenheit.

6. Leitbilder für die neue Elite

Gleichzeitig wurde diese Legitimationsstrategie zur Absicherung eines schnellen Elitenwechsels für die SED in mehrfacher Hinsicht zu einem ernststen Problem. Die neue Macht war in ihren Schlüsselbereichen zwar im Sinne der Entnazifizierung juristisch und moralisch unbescholten, wurde jedoch überwiegend unter Zurückstellung fachlicher Kriterien rekrutiert und positioniert. Im Bereich der Politik fiel dies insofern weniger ins Gewicht, als die SED mit wachsendem Erfolg das politische System der SBZ und frühen DDR nach ihren organisationsgeschichtlich erprobten und verfestigten Politikmustern gestaltete und diese auch auf politikferne Bereiche ausdehnte. Deshalb konnten die neu kooptierten politischen Funktionsträger in der Regel ihre angelernten Verhaltensformen und den aus den Parteigremien gewohnten politischen Stil beibehalten. In dem Maße, wie die SED auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Führungsfunktionen mit Personal aus ihren Reihen besetzte, schlug diese Deprofessionalisierung jedoch durch und führte zu ernsthaften Steuerungsdefiziten. Selbst die SED-Führung mußte dies gelegentlich einräumen: „Auf die früher übliche Vorbildung, wie Abitur, Universitäten, Examen usw., konnte damals keine Rücksicht genommen werden. [...] Diese Antifaschisten haben sich in die Arbeit hineingekniet und haben oft in Monaten in der Praxis mehr gelernt, als früher die sogenannten Berufsbeamten in Jahren fertigbrachten. Sie hatten eines für sich, was dem früheren bürokratischen Apparat fehlte, das Vertrauen und die Mitarbeit der Bevölkerung und eine unerschütterliche Energie bei der Überwindung aller sich auftürmenden Schwierigkeiten. Daß es dabei Fehlgriffe gab, daß hier und dort Menschen sich all den Aufgaben nicht gewachsen fühlten, daß andern ihr Posten zu Kopfe stieg und daß sie einen neuen Bürokratismus einführten, daß einzelne der Korruption verfielen, das waren bedauerliche Einzelercheinungen, die aber überall ausgemerzt wurden und werden, wo die Kontrolle der Partei und die Kritik der Massen wirksam

17 Zum elitären Selbstverständnis der deutschen Kommunisten siehe Arnd Bauerkämper/Jürgen Danyel/Peter Hübner, „Funktionäre des schaffenden Volkes“? Die Führungsgruppen der DDR als Forschungsproblem, in: dies./Sabine Roß (Hg.), *Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*, Berlin 1997, S. 41 ff.

18 Vgl. Ralf Kessler/Hartmut R. Peter, Antifaschisten in der SBZ. Zwischen elitärem Selbstverständnis und politischer Instrumentalisierung, in: *VfZ* 43, 1995, S. 611–633.

wird.“¹⁹ Um zu verhindern, daß die oftmals fehlende fachliche Kompetenz das Selbstwertgefühl der sogenannten „Aktivisten der ersten Stunde“ beschädigte, richtete sich die SED-Propaganda besonders gegen das Berufsbeamtentum und den Typus des politikfernen Verwaltungsfachmanns. Während die eigenen antifaschistischen Kader im Chaos der Nachkriegssituation ihre Macher-Qualitäten und ihre Nähe zum Volk bewiesen hätten, seien die ausgebildeten Verwaltungsprofis, selbst wenn sie unbelastet sind, nicht in der Lage, mit der komplizierten Situation umzugehen.²⁰ Gleiches gelte für die Erfahrungen der Sozialdemokraten und Gewerkschaften in der Kommunal- und Sozialpolitik. Ohnehin beabsichtige man, völlig neue Formen staatlicher und gesellschaftlicher Lenkung zu etablieren, für die ganz andere Kriterien der Eignung von Führungskräften gelten würden.²¹ Die SED definierte das gesamte Normen- und Wertgefüge um, mit dem die Führungsqualitäten von Eliten bislang beschrieben wurden. Die in die neuen Verwaltungsstrukturen delegierten Führungskräfte sollten damit zusätzlich motiviert und deren Alltag zwischen Überforderung und fehlender fachlicher Akzeptanz erträglicher werden. Daß die Betroffenen dieses Angebot bereitwillig annahmen und als Vertreter der neuen Macht einen entsprechenden Habitus entwickelten, kann nicht überraschen. Die in der Illegalität, im Exil oder in der Haft verlorene Lebenszeit erhielt in diesem Kontext neben dem Zweck des bloßen politischen und physischen Überlebens einen zusätzlichen Sinn: Die Betroffenen hätten damit eine andere Form von Bildung, Reife und charakterlicher Festigung durchlaufen, mit der sie im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Gruppen besser für die Wahrnehmung von gesellschaftlichen Führungsfunktionen geeignet seien. Selbst als in der SBZ/DDR die neuen Verwaltungsstrukturen bereits funktionierten und die SED eigene Formen der politischen Bildung und beruflichen Qualifizierung der dafür benötigten Kader etabliert hatte, bemühte die offizielle Propaganda die in der Anfangszeit nach 1945 entworfenen Leitbilder. Zu dem stilisierten und kanonisierten Wunschbild der neuen Elite gehörten solche Attribute wie „die Ärmel hochzukrempeln“, „anderen Mut zu machen“, „die eigenen Belange zurückstellen zu können“, „sich nicht in Amtsstuben hinter Schreibtischen zu verschanzen“ und „die einfache Sprache des Volkes zu sprechen“. Hinzu kam das immer wieder strapazierte Bild, von den Antifaschisten, die als erste mit der Beseitigung von Schutt und Trümmern begonnen hätten. Auch die später in Staats- und Parteifunktionen oder in die Institutionen der sozialistischen Verwaltungsbürokratie eingebundenen Funktionäre zeigten sich noch Jahrzehnte später gern in öffentlich inszenierten Situationen, bei denen sie Schutt wegräumten, Steine klopfen oder mit der Suppenschüssel in der Hand den Neubeginn nach 1945 als ein Selbstbestätigungsritual künstlich verlängerten.

Gestützt durch die offiziellen Leitbilder einer unbelasteten neuen Elite ermöglichte das antifaschistische Selbstverständnis der kommunistischen Führungskader somit eine schnelle Neuverteilung der gesellschaftlichen Schlüsselstellungen während der Phase der sogenannten „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“. Dem ersten Anschein nach war dieses Selbstverständnis des Funktionärskorps der KPD/SED relativ homogen und stützte sich auf identische politische Verhaltensmuster. Beim genaueren Hinsehen zeigen sich jedoch beträchtliche Unterschiede, die in erster Linie daher rühren, daß sich das antifaschistische Selbstverständnis der kommunistischen Führungskader jenseits der verbindenden Ideologie

19 Vgl. Dahlem, S. 198.

20 Vgl. Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Bd. 1, Berlin 1955, S. 79f.

21 Ebd.

und Parteiloyalität aus unterschiedlichen lebensgeschichtlichen Erfahrungen speiste, die die verschiedenen Gruppen der KPD-Funktionäre und die parteinahen Intellektuellen während des Nationalsozialismus gemacht hatten. Die politischen Erfahrungen und Zielvorstellungen der kommunistischen Kader unterschieden sich, je nach dem, ob sie sich illegal in Deutschland betätigt, im Zuchthaus oder Konzentrationslager gesessen, die Odyssee vom Spanischen Bürgerkrieg über die Internierung in Frankreich ins westliche Exil mitgemacht oder die Emigration in Stalins Sowjetunion erlebt hatten. Daraus ergaben sich abweichende Positionen hinsichtlich der Frage, wann, wie und mit welchen Verbündeten die Kommunisten die angestrebte Führungsrolle in der deutschen Nachkriegsgesellschaft übernehmen sollten. Während also das Selbstverständnis und Selbstwertgefühl des Führungspersonals der KPD nach 1945, das sich auf den aus der Verfolgung abgeleiteten moralischen Anspruch auf gesellschaftliche Führung stützte, relativ homogen war, differierten die damit verbundenen politischen Stile und Handlungsmuster beträchtlich. Die Szenarien für den Weg an die Macht, die Kommunisten aus einer antifaschistischen Motivation heraus entwickelten und praktizierten, nahmen dort, wo sie sich in den Wirren der politischen Anfänge nach 1945 noch relativ ungehindert entfalten konnten, ganz unterschiedliche Gestalt an: Stark situationsgebunden und weitestgehend spontan übernahmen einzelne aus der Illegalität und den Haftanstalten heimkehrende Kommunisten Führungsaufgaben bei der Organisation des alltäglichen Lebens. Diese sogenannten „Antifa-Ausschüsse“ trugen den Charakter von Selbstverwaltungsorganen und ihre Mitglieder wurden nicht zuletzt wegen des organisatorischen Talents und der Fähigkeit zur Improvisation akzeptiert, die sie in den Extremsituationen der Haft oder während des Lebens im Untergrund erworben hatten. Sie wurden von den Besatzungsmächten in der Regel solange geduldet, bis sie selbst über funktionsfähige Kontroll- und Verwaltungsinstitutionen verfügten und politische Partner auf der deutschen Seite gefunden hatten. In diesen basisdemokratisch geprägten Institutionen wurde Alltag organisiert und weniger machtpolitisch gedacht. Mit einer gewissen politischen Naivität mögen die Beteiligten darauf gesetzt haben, den politischen Aktionsradius ihres Handelns und die praktizierte Führungskompetenz allmählich auf Gesellschaft und Staat als Ganzes auszuweiten. Die bereits erwähnte nachträgliche Sinngebung ihres politischen und physischen Überlebens im NS durch die Übernahme von Verantwortung und Führungsaufgaben, dürfte besonders bei den Kommunisten in den antifaschistischen Komitees und Ausschüssen zum Tragen gekommen sein. Gegenüber den wechselnden, oft wirklichkeitsfremden Sinnangeboten, die die exilierte KP-Führung an den aufgeriebenen und isolierten Widerstand im Lande ausgegeben hatte, um dessen Protagonisten Gründe für das Weitermachen zu liefern, war diese Form des „Gebraucht-Werdens“ weitaus überzeugender. In Gestalt der Legende von der „antifaschistischen Republik Schwarzenberg“ erlangten diese Anfänge als eine kommunistische Version des Atlantis-Stoffes mythische Kraft weit über ihr schnelles Ende hinaus.

Ein anderes Beispiel dafür, wie sich antifaschistisches Selbstverständnis in Gestalt einer bestimmten politischen Strategie zur Übernahme gesellschaftlicher Führungsfunktionen artikuliert, liefern die Vorgänge 1945 im Land Thüringen unmittelbar nach der Befreiung durch die Amerikaner. Wie Manfred Overesch nachgewiesen hat, formulierten Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem ersten von den Amerikanern eingesetzten Regierungschef Hermann Brill ein eigenständiges politisches Konzept, das insbesondere durch die

gemeinsame Buchenwald-Erfahrung der beteiligten Akteure geprägt war.²² Diese regionale Initiative kollidierte relativ bald mit den Intentionen der sowjetischen Besatzungsmacht, die im Juli 1945 die Kontrolle über Thüringen übernahm. Sie wollte die politische Neuordnung, den Verwaltungsaufbau und die Personalpolitik Deutschlands zentral von Berlin aus und mit ihren politischen Ziehkindern in Gestalt der „Gruppe Ulbricht“ organisieren. Im Namen des Antifaschismus konkurrierten also in der Anfangszeit mehrere Gruppierungen und Entwürfe einer neuen kommunistischen Elite, die in der SBZ Ansprüche auf die politische und staatliche Macht im Nachkriegsdeutschland anmeldeten. Bei den Antifa-Komitees handelte es sich eher um politisch ambitionierte Selbsthilfegruppen, die kurzzeitig ein Machtvakuum ausfüllten, welches nach dem vollständigen Zusammenbruch der NS-Strukturen entstanden war. Die „Machtergreifung von links“ in Thüringen verblieb demgegenüber im Stadium eines gesellschafts- und bündnispolitischen Entwurfs, dem die Umsetzung sowohl von der Besatzungsmacht als auch von den KP-Emigranten aus Moskau versagt blieb. Demgegenüber war das sich ebenfalls antifaschistisch legitimierende Politikprojekt der Moskauer um Walter Ulbricht²³ in erster Linie personalpolitisch orientiert: Es diente der gezielten Vorbereitung und Auswahl kommunistischer Kader für den Einsatz in Deutschland und konzentrierte sich weniger auf politische Visionen oder die Kleinarbeit im Nachkriegsalltag. Walter Ulbricht selbst räumte die Fixierung seiner „Initiativgruppe“ auf die Positionierung von Kadern ein, u. a. um damit im nachhinein noch einmal die Auflösung der Komitees zu rechtfertigen: „Nach langer Illegalität hatten die Antifaschisten wenig Verbindung untereinander und zu anderen Schichten. Selbst ein gewisses Mißtrauen gegeneinander war spürbar. Viele meinten, man müsse jetzt ähnlich anfangen, wie man vor 1933 gearbeitet hatte, sie bemühten sich, Komitees usw. zu schaffen. Es kam jedoch jetzt nicht darauf an, Volksausschüsse, Komitees der Bewegung ‚Freies Deutschland‘, Ausschüsse des ‚20. Juli‘ zu schaffen, wie sie vielfach spontan entstanden waren. Selbst wo solche Komitees Lebensmittelverteilung, Arbeitseinsätze und andere Aufgaben übernahmen, die in normalen Zeiten Sache der staatlichen Verwaltung gewesen wären, trugen ihre Maßnahmen notwendigerweise provisorischen Charakter und hinderten die Antifaschisten daran, schnell neue demokratische Staatsorgane zu organisieren und von der festen beständigen Position der Macht her die Leitung der Dinge in die Hand zu nehmen.“²⁴

Diese letztlich erfolgreiche Strategie der gezielten Plazierung von Kadern in Schlüsselstellungen läßt sich am ehesten als ein antifaschistisch motiviertes Konzept der gezielten Heranbildung von Eliten bezeichnen. Auch ein Vergleich mit dem Selbstverständnis der sogenannten „Westemigranten“ zeigt dies: Sie konnten in der Regel erst später, nachdem sie ihre Rückkehr organisiert hatten, in das politische Geschehen in der SBZ eingreifen. Ähnlich wie die „Buchenwalder“ und die Vertreter des „inneren Widerstandes“ waren auch die kommunistischen Emigranten außerhalb der Sowjetunion keine politisch homogene Gruppe. Trotzdem fällt auf, daß viele von ihnen, ausgehend von ihren Erfahrungen in der politischen Szene der jeweiligen Gastländer, den kommunistischen Führungsanspruch eher im Sinne

22 Vgl. Manfred Overesch, *Machtergreifung von links. Thüringen 1945/46*, Hildesheim 1993; ders., Hermann Brill in Thüringen 1895–1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

23 Siehe dazu Gerhard Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD in Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993.

24 Vgl. Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung*, Bd. 1, Berlin 1955, S. 62/63.

einer „kulturellen Hegemonie“ verstanden wissen wollten und dabei auf die intellektuelle Ausstrahlung des marxistischen Gesellschaftsentwurfs vertrauten.

Der Antifaschismus im Sinne einer von den politisch handelnden Akteuren geteilten lebensgeschichtlichen Erfahrung war in seiner Wirkung insofern ambivalent: Einerseits motivierte und legitimierte er das politische Personal für die von der KPD/SED beabsichtigte gesellschaftspolitische Neuordnung. Er wertete die zunächst aus einer Minderheitsposition heraus agierenden Kommunisten auf. Mit dem Antifaschismus verfügte die KPD/SED über ein wirkungsvolles Instrument, um ihre politische Programmatik mit den individuellen Dispositionen, Erfahrungen und Handlungsmotiven ihrer Kader zu synchronisieren. In diesem Sinne wurde das antifaschistische Selbstverständnis der kommunistischen Aspiranten auf die Macht zu einem Katalysator des Elitenwechsels.

7. Konflikte und Kompromisse: Die „Ehemaligen“ als Kaderreserve?

Auf der anderen Seite beinhalteten die divergierenden politischen Erfahrungen der verschiedenen kommunistischen Gruppen beträchtlichen Konfliktstoff. Die programmatischen und personalpolitischen Auseinandersetzungen zwischen und auch innerhalb der konkurrierenden „Fraktionen“ banden politische Ressourcen und führten immer wieder zu beträchtlichen Reibungsverlusten. Da die durch den Stalinismus geprägte KPD/SED über keine produktiven Formen der Austragung von Konflikten und der Abgleichung von programmatischen Differenzen verfügte, wurden letztere überwiegend durch Säuberungen gelöst.²⁵ Sie dünnten die ohnehin geschwächte Personaldecke der Partei immer wieder aus, was den forcierten Elitenaustausch bremste. Daraus resultierte ein prinzipielles Problem, das die Strategien der KPD/SED zur Gewinnung und Heranbildung von Führungskräften für die eigenen Apparate, die staatliche Verwaltung und die von ihr kontrollierte Gesellschaft dauerhaft prägte: Sie mußte nicht zuletzt wegen ihres weitreichenden Herrschaftsanspruchs schon sehr bald auf Führungspersonal zurückgreifen bzw. Führungskader ausbilden, die nicht wie die kommunistischen Kader von der eigenen Lebensgeschichte her antifaschistische Motive teilten. Vielmehr zielte diese Neurekrutierung auf Bevölkerungsgruppen, die das NS-Regime befürwortet und unterstützt hatten, in der Regel nicht oder nur gering, z. B. wegen der Mitgliedschaft in der NSDAP, belastet waren. Diese Zielgruppe hatte teilweise bereits während des Nationalsozialismus untergeordnete Führungspositionen innegehabt oder die Voraussetzungen dafür erworben. Da die Kommunisten nicht darauf verzichten konnten, ihren Anspruch auf Führungspositionen über den Antifaschismus politisch wirksam zu begründen, standen sie vor dem Problem, auch diese Gruppen in irgendeiner Form auf antifaschistische Wertvorstellungen einzuschwören.

Dort wo der Rückgriff auf altes Führungspersonal ein Übergangsproblem bzw. eine Frage pragmatischer Notstandsprogramme war, stand dies eher im Hintergrund. So griffen die

25 Vgl. dazu u. a. Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hg.), *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993; Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder, *Visionen: Repression und Opposition in der SED (1949–1989)*, Frankfurt/Oder 1996.

sowjetische Besatzungsmacht und auch die KPD/SED auf NS-Personal zurück, wenn die Funktionsfähigkeit der Versorgung oder der Wirtschaft nicht zuletzt für die Reparationsleistungen gefährdet war. In diesem Falle wurde von den Betroffenen lediglich ein loyales Verhalten gegenüber ihren jeweiligen Dienstherrn erwartet, ohne daß besondere Anstrengungen unternommen wurden, dieses Führungspersonal langfristig zu integrieren und ihm ein neues Selbstverständnis als Elite zu vermitteln. In der Regel wurden diese Positionen neu besetzt, wenn die KPD/SED eigenes Personal für diese Aufgaben vorbereitet hatte.

Welches Ausmaß diese zeitweilige, teilweise aber auch längerfristige Rückkehr der alten Funktionseleiten in frühere Stellungen annahm, muß noch genauer untersucht werden. Erste Befunde zur Situation in verschiedenen Industriezweigen der frühen DDR zeigen jedoch, daß es der SED mit Erfolg gelang, höherqualifizierte frühere Funktionsträger mit geringer NS-Belastung zu gewinnen. So waren beispielsweise 1953/54 über ein Drittel der Führungskräfte (Werkleiter, technische und kaufmännische Direktoren) im Bereich der chemischen Industrie ehemalige NSDAP-Mitglieder.²⁶ Ähnlich hoch lagen die Zahlen im Bereich der Nichteisenmetallindustrie.²⁷

Interessant im Sinne eines personellen Reservoirs für die Herausbildung einer neuen Elite waren demgegenüber zwei andere relativ große gesellschaftliche Gruppen. Noch während des Krieges stellte die Exilführung der KPD unter Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck in der Sowjetunion die Überlegung an, deutsche Kriegsgefangene durch eine gezielte antifaschistische Schulung als einen „Kaderstamm für den Einsatz in Deutschland“²⁸ zu nutzen. Unmittelbar nach 1945 mündeten diese Überlegungen zunächst in den Versuch, die Repatriierung der in Kriegsgefangenschaft geratenen Kommunisten, insbesondere ehemaliger Parteifunktionäre, zu ermöglichen. Die neukonstituierte KPD wollte diese Kader für den Aufbau ihrer Parteistrukturen in Deutschland nutzen. Nachdem dieses Projekt nicht zuletzt wegen divergierender sowjetischer Interessen in der Praxis weitestgehend scheiterte²⁹, richtete sich die Aufmerksamkeit der SED ab 1948 stärker auf die nichtkommunistischen Absolventen der sogenannten „Antifa-Schulen“. Angesichts des großen Mangels an Kadern „für die staatlichen Verwaltungen auf allen Ebenen, die Massenorganisationen und die Parteipresse“ versuchte die Parteispitze u. a. während ihres Moskau-Besuches im März 1948 die Schulungsinhalte mit Blick auf ihren Kaderbedarf zu modifizieren. Auch wenn der reale Kaderzuwachs durch die politisch und fachlich umgeschulten Heimkehrer hinter den Erwartungen der SED zurückblieb, stellten letztere einen Teil des Führungspersonals in der Wirtschaft, der Landwirtschaft, den Massenorganisationen und in den Medien.³⁰ Auch beim Aufbau der Kasernierten Volkspolizei und später der Nationalen Volksarmee griffen die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD/SED auf antifaschistisch geschulte ehemalige Kriegsgefangene, vor allem auf die Aktivisten des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, zurück.³¹ Von den rund 17 500 Offizieren, über die die NVA 1956 verfügte, waren ca. 2 600

26 Vgl. Alexander von Plato/Almut Leh, „Ein unglaublicher Frühling“. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1948, hg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 97.

27 Ebd.

28 Vgl. Jörg Morrè, Kader für Deutschland? Die Bemühungen der SED um die Repatriierung antifaschistischer Kriegsgefangener, in: Annette Kaminsky (Hg.), Heimkehr 1948, München 1998, S. 218.

29 Ebd., S. 220f.

30 Ebd., S. 228

31 Siehe dazu: Rüdiger Wenzke: Wehrmachtsoffiziere in den DDR-Streitkräften, in: Detlef Bald/Reinhard Brühl/Andreas Prüfert (Hg.): Nationale Volksarmee – Armee für den Frieden. Beiträge zu Selbstverständnis und Geschichte des deutschen Militärs 1945–1990, Baden-Baden 1995, S. 143–156.

ehemalige Soldaten, etwa 2 600 ehemalige Unteroffiziere und 1 600 ehemalige Offiziere der Wehrmacht.³² Auf der Ebene des Ministeriums für Nationale Verteidigung und der Schulen war der Anteil ehemaliger Wehrmachtsoffiziere besonders hoch (25,5 und 30,2%). Auch in die oberste Führung der NVA konnten in den fünfziger Jahren einige ehemalige Wehrmachtsoffiziere aufrücken, zu deren prominentestem Vertreter Generalleutnant Vincenz Müller in der Funktion des Stabschef wurde. Allerdings reduzierte die SED aus politischen und propagandistischen Erwägungen diesen Anteil der „Ehemaligen“ nach 1957 spürbar.³³

Dieser Teil der neuen ostdeutschen Elite wurde nicht nur von der SED in einer großzügigen Auslegung des Begriffs als „Antifaschisten“ definiert, sondern auch die Beteiligten selbst entwickelten ein spezifisches antifaschistisches Selbstverständnis.³⁴ Dieses speiste sich einerseits auf der durch den Krieg und die Gefangenschaft bewirkten Desillusionierung und Abkehr vom NS-Regime. Zum anderen wurde dieses Selbstbild von der während der Gefangenschaft und der Umerziehung vollzogenen „Wandlung“ bestimmt. Eine solche Sinngabe für das Leben nach Hitler wurde den Betroffenen von der Propaganda der SED und der NDPD, aber auch durch die Literatur und Kunst der frühen DDR immer wieder nahelegt. Die damit verbundenen Erfahrungen und Einsichten konstituierten eine Motivlage, die in vielen Fällen das Engagement innerhalb der neuen gesellschaftspolitischen Ordnung, sozusagen als letzte Konsequenz dieser Umkehr zur rechten Zeit, ausdrücklich mit einschloß.³⁵

Die zweite große gesellschaftliche Gruppe, die die SED längerfristig als Rekrutierungsfeld neuer Mitglieder und in zunehmendem Maße auch neuer Führungskräfte benutzte, bildeten ehemalige einfache Mitglieder der NS-Organisationen, die sogenannten „kleinen Pg's“ und besonders die Angehörigen der HJ- und BDM-Generation. Die SED setzte sich relativ früh für die gesellschaftliche Integration dieser großen Bevölkerungsgruppe ein, vorausgesetzt die Betroffenen waren dazu bereit, „in unserer Kampffront zu arbeiten und sich zu bewähren“.³⁶ Nachdem diese Gruppe durch die Gleichstellungsgesetze von 1949 und 1952 in der DDR ihre staatsbürgerlichen und politischen Rechte zurückerhielt, nahm die durch Säuberungen und die Auseinandersetzungen nach dem 17. Juni 1953 geschwächte SED zahlreiche neue Mitglieder aus diesem Bereich in ihre Reihen auf.³⁷ Nicht wenige

32 Vgl. Rüdiger Wenzke, Das unliebsame Erbe der Wehrmacht und der Aufbau der DDR-Volksarmee, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 1124.

33 Ebd., S. 1126.

34 Hans Modrow etwa, der nach sowjetischer Kriegsgefangenschaft und dem Besuch einer Antifa-Schule in Rjasan 1949 nach Deutschland zurückkehrte und eine politische Tätigkeit in der FDJ begann, spricht in diesem Zusammenhang von einem „Gefühl“ und „Bewußtsein Antifaschist zu sein“, daß sich für ihn mit der Vorphase der Gründung der DDR verbindet. Vgl. Interview mit Hans Modrow, in: Kurt Faller/Bernd Wittich (Hg.), Abschied vom Antifaschismus, Frankfurt (Oder) 1997, S. 160.

35 Exemplarisch dafür ist die Biographie Franz Fühmanns, der diesen Wandlungsprozeß vom Kriegsgefangenen zum Parteifunktionär der NDPD und die damit verbundenen Widersprüche immer wieder in seinem literarischen Werk beschrieben hat. Vgl. Franz Fühmann, Zweiundzwanzig Tage oder die Hälfte des Lebens, Leipzig 1973; ders. Vor Feuerschlünden. Erfahrung mit Georg Trakls Gedicht, Rostock 1982, ders., Briefe 1950–1984, Rostock 1994.

36 Vgl. Wilhelm Pieck, Rede vom 11.1.1946 in Halle, SAPMO-BA, DY 30, NY 4036/424, Bl. 41.

37 Ausführlicher dazu Jürgen Danyel, Die SED und die „kleinen Pg's“. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, in: Annette Leo/Peter-Ralf Spirek (Hg.), Helden, Täter und Verräter, Berlin 1999.

davon stiegen in der Folgezeit in politische und gesellschaftliche Führungspositionen auf.³⁸ Auch für diese Gruppe baute die offizielle politische Propaganda eine Brücke, die es den Betroffenen ermöglichte, ein antifaschistisches Selbstverständnis zu entwickeln: Sie würden die Chance eines Neubeginns erhalten und könnten sich am sozialistischen Aufbau beteiligen. Die SED konnte mit diesem Angebot, vergangene Schuld durch Loyalität und Engagement zu kompensieren, einen nicht geringen Teil jener Generation für sich mobilisieren, die die Endphase des NS-Regimes und des Krieges als Kinder und Jugendliche erlebt hatten.³⁹ Die in die DDR-Gesellschaft integrierten ehemaligen Mitläufer des NS-Regimes konnten sich auf diese Weise nach vorne orientieren und ein positives, an das Gesellschaftsprojekt „Sozialismus“ gekoppeltes Selbstbild entwickeln.

8. Jenseits der Gründungsmythen

Insgesamt ließ die Bedeutung des Antifaschismus als ein unmittelbares Motiv des Handelns der ostdeutschen Führungsgruppen ab Mitte der fünfziger Jahre spürbar nach. In dem Maße, wie der Elitenwechsel der Umbruchperiode abgeschlossen war und die neuen Eliten mit den spezifischen Aufgaben und Steuerungsproblemen des unter Ulbricht forcierten Aufbaus des Sozialismus konfrontiert wurden, rückten andere Werte und Legitimationsmuster in den Vordergrund. So zielten etwa die wirtschaftlichen Reformversuche in den sechziger Jahren auf eine Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Führungskräfte und eine Professionalisierung der Leitungstätigkeit. Damit veränderten sich auch die von der SED propagierten Leitbilder für die ostdeutschen Funktionselemente in der staatlichen Verwaltung und in der Wirtschaft. Im Rahmen des „neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ wurden die Anforderungsprofile an die Führungskräfte zumindest in der Theorie zugunsten solcher Werte wie „Qualifikation, Verantwortungsbewußtsein und Entscheidungsfreudigkeit“⁴⁰ neu bestimmt. Deutlich aufgewertet wurde die Rolle von Technik und Wissenschaft. Die in Führungspositionen aufsteigende „wissenschaftlich-technische Intelligenz“ entwickelte in dieser Atmosphäre der Fortschrittsgläubigkeit ein anderes Selbstbild als die Gründergeneration der DDR. Die neuen Aufsteiger waren politisch loyal, dank ihrer Bildung deutlich selbstbewußter und neigten eher zu einem technokratischen und fachbezogenen Selbstverständnis.⁴¹ Demgegenüber pendelte die politische Klasse der DDR zwischen dem von Ul-

38 Siehe dazu die bislang ausführlichste biographische Dokumentation über ehemalige Nationalsozialisten in der DDR, Olaf Kappelt, *Die Entnazifizierung in der SBZ sowie die Rolle und der Einfluß ehemaliger Nationalsozialisten in der DDR als ein soziologisches Phänomen*, Hamburg 1997.

39 Wobei Dorothee Wierling zuzustimmen ist, wenn sie in diesem Zusammenhang vor einer vorschnellen Gesamtdeutung dieser Generation warnt. Vgl. Dorothee Wierling, *Von der HJ zur FDJ*, in: BIOS 6, 1993, S. 107. Zum Generationsproblem in der DDR siehe u. a. Michael Hofmann/Dieter Rink, *Mütter und Töchter – Väter und Söhne. Mentalitätswandel in zwei DDR-Generationen*, in: BIOS 6, 1993, S. 199–223; Dorothee Wierling, *Opposition und Generation im Nachkriegsdeutschland. Achtundsechziger in der DDR und in der Bundesrepublik*, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hg.), *Deutsche Vergangenheiten*, S. 238–252.

40 Vgl. Walter Ulbricht, *Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung*, Berlin 1966, S. 208.

41 Siehe dazu den Aufsatz von Peter Hübner in diesem Band.

bricht im Innern verordneten neuen Politikstil⁴² und einer aus der Systemauseinandersetzung resultierenden ideologischen Aufrüstung. Der Antifaschismus blieb allerdings für alle Gruppen der ostdeutschen Führungsschicht, selbst wenn er nicht mehr vordergründig artikuliert wurde, eine stabile Größe. Er wurde auch nach dem Abschluß der gesellschaftlichen Umbruchsphase herangezogen, wenn die ostdeutschen Eliten nach innen oder nach außen als Repräsentanten des politischen Systems oder des Staates DDR fungierten. Dies gilt besonders für das Konflikt- und Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten, in dem sich die ostdeutschen Führungsgruppen immer wieder positionieren mußten. In der Rangordnung der Motive, mit denen ostdeutsche Funktionsträger bis hin zur intellektuellen Elite ihre Bindung an die DDR beschrieben und verteidigten, belegten antifaschistische Wertvorstellungen bis zum Ende der DDR einen vorderen Platz. Wichtig blieb der Antifaschismus auch als eine kompensatorische Größe, wenn andere Legitimationsmuster, etwa in innenpolitischen Krisensituationen, in Frage gestellt wurden.

Blickt man auf die wiederkehrenden Versuche, die verschiedenen Formen der Führungstätigkeit in der sozialistischen Gesellschaft wissenschaftlich zu fundieren und eine marxistische Theorie der Leitungstätigkeit zu entwickeln, so spielte hier die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und den Führungsstilen der traditionellen Eliten kaum eine Rolle.⁴³ Im Vordergrund stand hier die ideologisch motivierte Abgrenzung vom kapitalistischen Management. Ohnehin handelte es sich bei den verschiedenen Theorien der sozialistischen Leitung um Übernahmen aus der Sowjetunion, wodurch sich auch von dieser Seite das Problem erst gar nicht stellte, daß jede deutsche Elite nach 1945 dazu aufgerufen war, sich mit den Herrschaftsformen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Ohnehin fürchtete die SED die politische Sprengkraft solcher Überlegungen: Eine Führungsschicht, die ihre alltägliche Praxis bewußt alternativ zu den Herrschaftsformen der NS-Diktatur gestaltet hätte, wäre notwendig auch in Kollision mit den Herrschaftstechniken im politischen System der DDR geraten. Am ehesten läßt sich eine solche Tiefenwirkung antifaschistischer Wertvorstellungen noch in der DDR-Literatur, den Künsten und in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen⁴⁴ beobachten.

Der Eindruck, daß die antifaschistischen Motivlagen, sieht man einmal von der überalterten SED-Machtelite ab, bei den ostdeutschen Eliten allmählich verblissen, drängt sich insbesondere für die DDR der siebziger und achtziger Jahre auf.⁴⁵ Dies scheint auch die SED gespürt zu haben, als sie in den achtziger Jahren eine Diskussion über die Rolle von stabilen Wertorientierungen, nicht zuletzt mit Blick auf die Führungsschicht der DDR, in Gang setzte.⁴⁶ Analysen zum antifaschistischen Bewußtsein der DDR-Bevölkerung aus den

42 Siehe dazu Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997.

43 Siehe dazu u. a. Günter Bohring/Klaus Ladensack, *Leiter und Leiterverhalten*, Berlin 1981, S. 9f.

44 Siehe dazu u. a. Jürgen Danyel, *Antifaschismus als Geschichtswissenschaft. Programmatischer Anspruch, Wissenschaftsmentalität und selbstverschuldete Unmündigkeit der ostdeutschen Zeitgeschichte zum Nationalsozialismus*, in: Claudia Keller (Hg.), *Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung*, Berlin 1996, S. 203–218.

45 Indirekt bestätigen dies auch die Befunde soziologischer Untersuchungen zu den Motiven und Einstellungen des DDR-Leitungspersonals. Vgl. *Wie steht es um Leistungsstreben, Initiative und Schöpfer-tum?*, hg. v. einem Autorenkollektiv, Berlin 1979, S. 100ff.

46 Vgl. *Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus. Diskussionsreden auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED am 15. und 16. Dezember 1983 in Berlin*, Berlin 1984.

achtziger Jahren mußten indirekt einräumen, daß die Bindekraft des Antifaschismus insbesondere bei der jüngeren Bevölkerung deutlich nachgelassen hatte. Als eine Schlußfolgerung aus dieser Tendenz betonte die SED erneut stärker den Stellenwert antifaschistischer Bewußtseinsbildung: „Den antifaschistischen Ursprung der sozialistischen und friedliebenden DDR im Bewußtsein der Gesellschaft stets lebendig zu erhalten, ist daher eine ganz wichtige Aufgabe der Ausprägung des sozialistischen gesellschaftlichen Bewußtseins.“⁴⁷ Auch dies konnte die schleichende Erosion der politischen Integrationskraft des SED-Staates nicht mehr stoppen. In der Phase des Zusammenbruchs der DDR gelang es der SED selbst mit dem Appell an ihr antifaschistisches Selbstverständnis nicht mehr, die Funktionsträger in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen an sich zu binden.

47 Vgl. Helmut Meier, *Antifaschistisches Bewußtsein heute – Anforderungen an die geschichtsideologische Arbeit*, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt (Hg.), *Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte*, Berlin 1988, S. 330.